

Nachrichten vom 07.02.2020

# Politik will gegen Schmutz vorgehen

## Unzufrieden mit Schulreinigung – Verwaltung will Alternativen erarbeiten

VON NIKLAS PINNER

**Bergheim.** Die mangelhafte Reinigung an vielen Bergheimer Schulen beschäftigt weiterhin die Bergheimer Politik, so auch den Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur. Eine Schulbeurteilungskommission hatte in den vergangenen zwei Jahren alle Bergheimer Schulen besucht und dabei teilweise stark verschmutzte Gebäude und sanierungsbedürftige Toiletten festgestellt.

Die Reinigung der Schulen liegt in Bergheim in der Hand einer externen Firma. Der Fachbereichsleiter für den Zentralen Service Wolfgang Sevenich sagte dem Ausschuss zu, bis zum nächsten Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Finanzen am 24. März mögliche Szenarien auszuarbeiten, wie das Problem angegangen werden könnte. Im Ausschuss können entsprechende Änderungen beschlossen werden.

Dem konnten alle Fraktionen folgen. Die SPD hatte einen Antrag eingebracht, in dem sie unter anderem vorschlägt, die Reinigung wieder in die öffentliche Hand zurückzuführen. Die CDU-Fraktion hatte beantragt, die Kosten für eine Reinigung durch ein externes Unternehmen und durch die Kommune für jeweils eine Grund- und eine weiterführende Schule gegenüberzustellen. In Anbetracht von Sevenichs Vorschlag zogen beide Fraktionen den Antrag zurück.

„Wir sind natürlich alle unzufrieden mit dem Ergebnis“, sagt der Fachbereichsleiter. Als Grund für die mangelhafte Leistung habe das Unternehmen zu wenig Personal angegeben. Das sei ein grundsätzliches Problem im Niedriglohnbereich, sagte er. „Aber die Situation ist absolut nicht hinnehmbar.“

„Ab einem gewissen Punkt ist das Maß voll“, sagte Fadia Faßbender (SPD). Ausschussvorsitzende Elisabeth Hülsewig (CDU) betonte, dass Schulen sauber sein müssten, auch wenn es teuer werde. Sie glaubt, dass die Stadt, sollte sie die Reinigung wieder übernehmen, genug Mitarbeiter finden würde, „weil das Arbeitsklima besser ist“. Die Mitarbeiter der externen Firmen ständen wahrscheinlich unter extremem Zeitdruck. Auch Fadia Faßbender glaubt, dass das Pensum mit zu wenigen Mitarbeitern gar nicht zu stemmen sei. Hans Decruppe, Fraktion „MDW! – Die Linke“, erklärte, dass seine Fraktion eine „Rekommunalisierung“ wie von der SPD unterstützen würde, sagte aber auch, dass er den Vorschlag von Sevenich für zielführend halte.

Zum Ende des vergangenen Jahres sei das halbe Jahr Probezeit für das Unternehmen ausgelaufen, berichtete Sevenich. Die Verwaltung habe diese bis zum 31. März verlängert. Und auch nach dieser Frist sei eine Kündigung möglich, wenn es dafür Gründe gebe, wie zum Beispiel nicht erbrachte Leistungen.